

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Teil: Einleitung	27
A. Die Vorfrage im EU-IPR	27
B. Die Defizite des europäischen Kollisionsrechts und ihre Bedeutung für die Vorfragenanknüpfung	29
I. Unvollständige Kollisionsrechtsvereinheitlichung	32
II. Mangelnde Kohärenz des europäischen Kollisionsrechts	34
C. Notwendigkeit einer Regelung zur Anknüpfung von europäischen Vorfragen	37
2. Teil: Die internationalprivatrechtliche Vorfrage	41
A. Gattungen von internationalprivatrechtlichen Vorfragen	41
I. Ermittlung der Vorfragengattungen	42
1. Bewertung des anknüpfungsbezogenen Ansatzes	43
2. Bewertung des ortsbezogenen Ansatzes	45
3. Bewertung des kontextbezogenen Ansatzes	46
II. Die verschiedenen Gattungen der Vorfrage infolge des kontextbezogenen Ansatzes	49
1. Staatsvertragliche Vorfragen	49
2. Europäische Vorfragen	51
3. Nationale Vorfragen	51
4. Drittstaatliche Vorfragen	53
5. Europäische und nationale Vorfragen als Gegenstand der Untersuchung	55

B. Die Definition des Vorfragenbegriffs	56
I. Der Vorfragenbegriff im deutschen autonomen IPR	56
1. Ein Überblick über die von Seiten der Literatur vorgenommenen Definitionsversuche	56
a) Herleitung des deutschen autonomen Vorfragenbegriffs	57
aa) Der historische Ursprung des nationalen Vorfragenbegriffs	57
bb) Erfordernis eines der Anknüpfung zugänglichen Rechtsverhältnisses	58
cc) Kein bloßes Auslegungsinstrument	61
dd) Ergebnis: Die Vorfrage als Frage nach dem Bestehen oder Nichtbestehen eines präjudiziellen Rechtsverhältnisses	62
b) Die Eigenschaften der autonomen, nationalen Vorfrage	62
aa) Die Vorfrage im Tatbestand von Kollisions- und Sachnormen	62
bb) Selbstständigkeit der Vorfrage	64
cc) Präjudizialität der Vorfrage	64
dd) Zusammenfassung der vorfragentypischen Eigenschaften	65
2. Kritik am nationalen Vorfragenbegriff	65
3. Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber anderen allgemeinen IPR-Instituten	68
a) Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber präjudiziellen Rechtsverhältnissen im Tatbestand von in- und ausländischen Kollisionsnormen	69
aa) Anknüpfung von präjudiziellen Rechtsverhältnissen im Tatbestand von inländischen Kollisionsnormen	71
(1) Systemwidrigkeit der unselbstständigen Erstfragenanknüpfung	73
(a) Missachtung der Anwendungsvoraussetzungen einer Kollisionsnorm	73
(b) Verletzung des internen Entscheidungseinklangs	75

(c) Unzulässige Ausdehnung des Wirkungsstatuts	76
(d) Weitere Argumente gegen die unselbstständige Erstfragenanknüpfung	77
(2) Ergebnis: Systematische Notwendigkeit der selbstständigen Erstfragenanknüpfung	79
bb) Anknüpfung von präjudiziellen Rechtsverhältnissen im Tatbestand von ausländischen Kollisionsnormen	79
(1) Vorliegen eines Anknüpfungsproblems	80
(2) Einordnung als Vorfrage	82
cc) Ergebnis: Differenzierung zwischen Erst- und Vorfragen	83
b) Die Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber der Teilfrage	83
aa) Der Begriff der Teilfrage	85
bb) Anknüpfung von Teilfragen	86
(1) Anknüpfung an das Statut der Hauptfrage	86
(2) Anknüpfung an Sonderkollisionsnormen	87
(a) Probleme der Sonderanknüpfung	88
(b) Berechtigung von Sonderanknüpfungen	89
cc) Zusammenfassung der Ergebnisse	91
c) Die Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber der Nach- und Nebenfrage	92
aa) Die Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber der Nachfrage	93
(1) Der Begriff der Nachfrage	93
(2) Einordnung der Nachfrage als Qualifikationsproblem	94
bb) Die Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber der Nebenfrage	96
(1) Der Begriff der Nebenfrage	96
(2) Identität von Vor- und Nebenfrage	97

d) Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber der Qualifikation	99
aa) Qualifikation – Begriff und Problem	100
bb) Abgrenzung zwischen Vorfrage und Qualifikation	102
e) Abgrenzung der nationalen Vorfrage gegenüber der Substitution	103
4. Gesamtergebnis zum Vorfragenbegriff im deutschen autonomen Internationalen Privatrecht	105
II. Der Vorfragenbegriff im EU-IPR	106
1. Herleitung des europäischen Vorfragenbegriffs	106
a) Die Erwähnung der Vorfrage innerhalb der (Kollisionsrechts-)Verordnungen	107
aa) Die Vorfrage innerhalb der Rom III-VO	107
bb) Die Vorfrage innerhalb der EuGüVO sowie der EuPartVO	111
cc) Die Vorfrage innerhalb der übrigen (Kollisionsrechts-)Verordnungen	113
dd) Ergebnis zu Reichweite und Umfang des europäischen Vorfragenbegriffs anhand der (Kollisionsrechts-)Verordnungen	116
b) Der europäische Vorfragenbegriff in der Rechtsprechung des EuGH	118
c) Der europäische Vorfragenbegriff in der Literatur	120
d) Ergebnis: Fünf potenzielle Definitionen der europäischen Vorfrage	122
2. Wertung der Analyseergebnisse	123
a) Die europäische Vorfrage als Frage nach dem Bestehen oder Nichtbestehen eines präjudiziellen Rechtsverhältnisses	123
aa) Eigenschaften der europäischen Vorfrage	126
bb) Die EuGH-Entscheidung „Verein für Konsumenteninformation/Amazon EU Sàrl“ und ihre Bedeutung für die europäische Vorfrage	129

cc) Abgrenzung der europäischen Vorfrage gegenüber präjudiziellen Rechtsverhältnissen im Tatbestand von (un-)vereinheitlichten Kollisionsnormen	134
(1) Anknüpfung von präjudiziellen Rechtsverhältnissen im Tatbestand von europaweit vereinheitlichten Kollisionsnormen	136
(a) Unzulässigkeit der unselbstständigen Anknüpfung	137
(aa) Missachtung der Anwendungsvoraussetzungen einer Kollisionsnorm	137
(bb) Verletzung des EU-internen Entscheidungseinklangs	139
(cc) Missachtung des unionsrechtlichen Grundsatzes der Sachnormverweisung	140
(dd) Unzulässige Ausdehnung des Anwendungsbereichs von EU- Kollisionsrechtsverordnungen	141
(ee) Keine Rechtfertigung der unselbstständigen Anknüpfung durch die Üblichkeit von logischen Vorgriffen innerhalb des IPR	141
(b) Notwendigkeit der begrifflichen Differenzierung zwischen europäischen Vorfragen im Tatbestand von Sach- und vereinheitlichten Kollisionsnormen	144
(2) Anknüpfung von präjudiziellen Rechtsverhältnissen im Tatbestand von unvereinheitlichten ausländischen Kollisionsnormen	146
dd) Ergebnis: Enges Begriffsverständnis der europäischen Vorfrage	148

b) Die europäische Vorfrage als unselbstständiger Teil der Hauptfrage	149
aa) Der Begriff der europäischen Teilfrage	151
bb) Anknüpfung von europäischen Teilfragen	152
(1) Anknüpfung an das Statut der Hauptfrage	152
(2) Anknüpfung an europäische Sonderkollisionsnormen	153
(3) Anknüpfung an nationale Sonderkollisionsnormen	155
cc) Differenzierung zwischen europäischer Vor- und Teilfrage	156
c) Die Vorfrage als Frage nach der Anerkennung eines präjudiziellen Rechtsverhältnisses	157
aa) Die Deutungsvarianten des Anerkennungsbegriffs	158
(1) Verfahrensrechtliche Anerkennung	158
(2) Materiell-rechtliche Anerkennung	159
(3) Kollisionsrechtliche Anerkennung	160
bb) Auslegung des Anerkennungsbegriffs	161
(1) Rechtsvergleichende und historische Betrachtung	161
(2) Beurteilung der kollisionsrechtlichen Deutungsmöglichkeit	163
(3) Beurteilung der verfahrensrechtlichen sowie der materiell-rechtlichen Deutungsmöglichkeit	168
(4) Ergebnis	170
d) Die Vorfrage als Frage nach der Anerkennungsfähigkeit einer ausländischen Entscheidung	171
aa) Der Begriff der Anerkennungsvorfrage	172
bb) Diskussion um die Existenz einer Anerkennungsvorfrage	173
(1) Nichtbestehen eines Anknüpfungsproblems	174
(2) Verbot einer révision au fond	175

(3) Trennung zwischen Begrifflichkeiten des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts	176
cc) Zusammenfassung der Ergebnisse	177
e) Die Vorfrage als Frage nach der (Un-)Gültigkeit eines präjudiziellen Rechtsverhältnisses	178
aa) Die Gültigkeit einer Ehe	178
bb) Die Ungültigerklärung einer Ehe	179
cc) Ergebnis	180
3. Erfordernis eines einheitlichen europäischen Vorfragenbegriffs	180
a) Einsprachig autonomer Ansatz	182
b) Mehrsprachig autonomer Ansatz	183
c) Schlussbetrachtung	184
4. Gesamtergebnis zum Vorfragenbegriff im EU-IPR	185
C. Vorfragen höheren Grades	188
3. Teil: Das Problem der Vorfragenanknüpfung	191
A. Die Entwicklung des Vorfragenproblems und dessen Lösungsmöglichkeiten im deutschen autonomen IPR	191
B. Das Problem der Vorfragenanknüpfung und dessen Lösungsmöglichkeiten innerhalb des EU-IPR	194
C. Darstellung und Bewertung der verschiedenen Möglichkeiten zur Lösung des Vorfragenproblems auf europäischer und nationaler Ebene	200
I. Selbstständige Anknüpfung der Vorfrage	200
II. Unselbstständige Anknüpfung der Vorfrage	202
III. Alternative Anknüpfung der Vorfrage	204
1. Methodik der alternativen Anknüpfung	205
a) Alternative Anknüpfung je nach Intensität der In- bzw. Auslandsbeziehung	206
b) Alternative Anknüpfung in favorem validitatis	206
c) Alternative Anknüpfung in Abhängigkeit vom Verweisungsumfang der Hauptfragenkollisionsnorm	208
d) Alternative Anknüpfung an die sachnächste Rechtsordnung	209

e) Alternative Anknüpfung in Abhängigkeit vom Durchsetzungswillen der inländischen Rechtsordnung	209
f) Schlussbetrachtung der alternativen Anknüpfungskriterien	211
2. Bewertung der alternativen Anknüpfungsmethode	211
IV. Ermittlung des Vorfragenstatuts ohne Einschaltung des IPR	217
1. Beantwortung der Vorfrage durch das Sachrecht der lex causae	217
2. Beantwortung der Vorfrage durch das Sachrecht der lex fori	226
V. Die verbliebenen Möglichkeiten zur Lösung des Vorfragenproblems	226
D. Die praktische Relevanz des Vorfragenproblems auf europäischer und nationaler Ebene	227
I. Die drei Voraussetzungen des europäischen und nationalen Vorfragenproblems	228
1. Ausländisches Hauptfragenstatut	228
2. Divergierende Anknüpfungsergebnisse	231
3. Abweichendes materiell-rechtliches Ergebnis	235
II. Weitere Voraussetzungen für das Vorliegen des Vorfragenproblems	237
1. Nichtvorhandensein einer Rechtswahl	237
2. Nichtvorhandensein eines Anerkennungsurteils	240
E. Gesamtergebnis zum Problem der Vorfragenanknüpfung	242
4. Teil: Die Lösung des mit der Vorfrage verbundenen Anknüpfungproblems	249
A. Aufbau der Argumentation	249
B. Argumentation zur Lösung des mit der Vorfrage verbundenen Anknüpfungproblems	252
I. Internationaler Entscheidungseinklang	252
1. Der internationale Entscheidungseinklang als Leitprinzip des IPR	252

2. Die Bedeutung des internationalen Entscheidungseinklangs für die nationale Vorfragenanknüpfung	256
a) Der internationale Entscheidungseinklang als Hauptargument für die unselbstständige Vorfragenanknüpfung	256
b) Mangelnde Erreichbarkeit internationalen Entscheidungseinklangs durch die Methode der unselbstständigen Vorfragenanknüpfung	258
3. Die Bedeutung des internationalen Entscheidungseinklangs für die europäische Vorfragenanknüpfung	263
a) Die Verankerung des internationalen Entscheidungseinklangs in den Kollisionsrechtsverordnungen	265
b) Erreichbarkeit internationalen Entscheidungseinklangs gegenüber Drittstaaten durch die Methode der unselbstständigen Vorfragenanknüpfung	270
II. Interner Entscheidungseinklang	274
1. Die Bedeutung des internen Entscheidungseinklangs für die nationale Vorfragenanknüpfung	275
2. Die Bedeutung des internen Entscheidungseinklangs für die europäische Vorfragenanknüpfung	279
III. Der Umfang der kollisionsrechtlichen Verweisung	286
1. Die Bedeutung des kollisionsrechtlichen Verweisungsumfangs für die nationale Vorfragenanknüpfung	287
a) These 1: Verweisungstechnische Bündelung von Haupt- und Vorfrage	288
aa) Charakteristika der Vorfrage	291
bb) Schurigs Modell der Kollisionsgrundnormen	292
b) These 2: Berufung der fremden Rechtsordnung in ihrer Gesamtheit	295
aa) Einschränkung des Verweisungsumfangs durch die Qualifikationsentscheidung der lex fori	296

bb) Einschränkung des Verweisungsumfangs durch die Haltung der lex fori zum renvoi	297
cc) Einschränkung des Verweisungsumfangs durch respektvolles Verhalten	304
c) Zusammenfassende Betrachtung zum kollisionsrechtlichen Verweisungsumfang im nationalen IPR	307
2. Die Bedeutung des kollisionsrechtlichen Verweisungsumfangs für die europäische Vorfragenanknüpfung	311
a) Einschränkung des Verweisungsumfangs durch den Anwendungsbereich einer Kollisionsrechtsverordnung	312
b) Einschränkung des Verweisungsumfangs durch die Haltung einer Kollisionsrechtsverordnung zum renvoi	318
aa) Die Bedeutung der Sachnormverweisung für die Vorfragenanknüpfung in den Verordnungen der Verstärkten Zusammenarbeit	320
bb) Die Bedeutung von Art. 34 EuErbVO für die Vorfragenanknüpfung in der EuErbVO	324
c) Zusammenfassende Betrachtung zum kollisionsrechtlichen Verweisungsumfang im EU-IPR	331
IV. Praktikabilitätserwägungen	334
1. Die Bedeutung von Praktikabilitätserwägungen für die nationale Vorfragenanknüpfung	334
a) Vereinfachte Rechtsanwendung durch (un-)selbstständige Vorfragenanknüpfung	335
b) Auswirkungen der Zwischenfeststellungsklage auf die Vorfragenanknüpfung	339
c) Anknüpfung von Vorfragen höheren Grades	340
2. Die Bedeutung von Praktikabilitätserwägungen für die europäische Vorfragenanknüpfung	349
a) Vereinfachte Rechtsanwendung durch (un-)selbstständige Vorfragenanknüpfung	349

b) Auswirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses auf die Vorfragenanknüpfung	353
C. Gesamtergebnis zur Lösung des mit der Vorfrage verbundenen Anknüpfungsproblems	359
5. Teil: Die Etablierung einer vorfragenspezifischen Anknüpfungsregel	369
A. Notwendigkeit einer vorfragenspezifischen Anknüpfungsregel	369
B. Die Verortung einer vorfragenspezifischen Anknüpfungsregel	370
I. Überarbeitung bestehender Kollisionsrechtsverordnungen	370
II. Vorabentscheidungsverfahren	375
III. Einfügung eines Allgemeinen Teils	378
1. Einführung einer Rom 0-VO	380
2. Die Idee einer Gesamtkodifikation	389
C. Gesamtergebnis zu den vier genannten Umsetzungsmöglichkeiten	393
6. Teil: Gesamtergebnis	399
Literaturverzeichnis	407
Rechtsprechungsverzeichnis	421
Internetquellen	425